

Dient maximaler Mobilisierung des Leistungswillens

Gedanken über die Notwendigkeit der Parteikontrolle wissenschaftlicher Projekte

Untrennbarer Bestandteil der wachsenden Führungsrolle der Partei und notwendiger Bestandteil ihrer Arbeit im Kampf um die weitere Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft ist die konsequente Wahrnehmung und weitere Ausgestaltung ihrer Kontrollfunktion.

Bekanntlich vollzieht sich der Aufbau des Sozialismus/Kommunismus nicht im Selbstlauf, sondern es bedarf der bewußten Handlung der Menschen auf der Grundlage objektiver, wirkender, erkannter Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung. Die Partei darf also in ihren Beschlüssen nicht nur die Ziele und unmittelbaren Aufgaben der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung abstecken und Lösungswege aufzeigen, sondern muß überlegen, ob das Verhalten der Mitarbeiter, Institutionen, Einrichtungen usw. der Gesellschaft, der Prozeßlauf und schließlich die Ergebnisse des Tätigwerdens des einzelnen des Kollektivs usw. in Übereinstimmung mit den angestrebten Zielstellungen stehen. Eine solche Überprüfung realisiert die Partei mittels der von ihr ausgeübten Kontrollfunktion, wobei diese „das Festhalten von Ursachen für Abweichungen und das Festlegen von Korrekturmaßnahmen“ einschließt.

Aus der Stellung der Wissenschaft als einen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung, vor allem der Produktivkräfte, lassen sich konkrete Anforderungen an die wissenschaftliche Arbeit ableiten. Soll der wissenschaftlich-technische Fortschritt beschleunigt und soll seine ökonomische und soziale Wirksamkeit erhöht werden, so ist es notwendig, die Leistungsfähigkeit, das Niveau und die Effektivität der Forschung und Entwicklung zu verbessern, die wissenschaftlichen Arbeitsprozesse zu intensivieren, das Zusammenwirken aller Wissenschaftsdisziplinen zu fördern und die erzielten Resultate in kürzester Zeit praxiswirksam zu machen.

Die Anforderungen, welche die Partei im Rahmen dieser Gesamtstrategie an die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften stellt, sind im Zentralen Forschungsprogramm der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1980-1990 aufgeführt. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist ein zentraler Bestandteil des wissenschaftlichen Projekts und aus der Verantwortung, welche die Wissenschaft der entwickelten sozialistischen

Gesellschaft spielt, ergibt sich die Notwendigkeit der Parteikontrolle wissenschaftlicher Projekte, da die SED mittels dieser Kontrolle prüft, inwieweit ihre Beschlüsse, die sich auf die Aufgaben der Wissenschaft beziehen, verwirklicht werden. Selbstverständlich darf sich dabei die Parteikontrolle nicht nur auf die Erfüllung zentraler Forschungspläne richten, sondern muß – soll sie wirklich wirksam werden – die Entwicklung der Wissenschaft und Forschung als Komplex kontrollieren. Das bedeutet, daß die Parteikontrolle bereits bei der Themenfestlegung konkreter Forschungsaufgaben einsetzt, daß sie den Verlauf der Arbeiten an den Forschungsobjekten kontinuierlich im Hinblick auf qualitative und quantitative Aspekte bewertet, eine exakte Ergebnisschätzung vornimmt und schließlich das Verhalten aller am Forschungsprojekt Beteiligten während der Erfüllung ihres Forschungsauftrages sowie ihre Bemühungen zur kurzfristigen Überleitung der erzielten Ergebnisse in die Praxis einschließen muß.



Selbstverständlich kann und darf die Parteikontrolle nicht die Kontrolle der staatlichen Leiter ersetzen. Wenn beide Kontrollformen, die staatliche Kontrolle, welche der jeweils verantwortliche staatliche Leiter ausübt, und die Parteikontrolle als höchste Form der gesellschaftlichen Kontrolle unter sozialistischen Verhältnissen auch eng zusammenhängen und sich ergänzen, so sind sie doch nicht identisch und haben spezifische Aufgaben.

So ist die Parteikontrolle nicht in erster Linie auf die inhaltliche Überprüfung konkreter Forschungsschwerpunkte gerichtet (wenn eine solche natürlich auch nicht völlig auszuklammern werden darf), da dies in erster Linie Aufgabe des staatlichen Leiters ist, sondern vielmehr darauf, die politische Haltung der staatlichen Leiter und Wissenschaftler so zu beeinflussen, daß deren Tatkraft, Initiative, Schöpfergeist, ihr persönliches Engagement, die Fähigkeit und Bereit-

schaft, eigenes Wissen und Können mit der Kraft des Kollektivs zu verbinden, ihr Leistungswille, ihre Leidenschaft, Risikobereitschaft und ihr Verantwortungsbewußtsein sowie ihre Bereitschaft zur realen Einschätzung ihrer Leistung im Vergleich zum wissenschaftlichen Weltstand maximal mobilisiert werden.

Der gegenwärtige Stand der Parteikontrolle in einer Wissenschaftlergruppe der Sektion Rechtswissenschaft, der Genossen der Wissenschaftsbereiche LPG- und Bodenrecht, Arbeitsrecht, Strafrecht und Rechtsausbildung an anderen Sektionen angehören, soll am Beispiel von Qualifizierungsarbeiten von Wissenschaftlern dieser Parteigruppe analysiert werden.

Der Gegenstand der Parteikontrolle innerhalb der Parteigruppe darf im Zusammenhang mit den Qualifizierungsarbeiten der Wissenschaftler, d. h. in bezug auf die Anfertigung von A- und B-Dissertationen, nicht zu eng gesehen werden und beispielsweise bloß auf die qualitäts- und termingerechte Fertigstellung gerichtet sein. Das würde die Kontrolle unzulässig eingrenzen und nicht gewährleisten, daß die Partei ihre Kontrolltätigkeit umfassend wahrnimmt. Vielmehr müssen die nachfolgenden Punkte in die Kontrolle der Partei einbezogen werden:

- Kaderauswahl,
- Themenauswahl bzw. Themenstellung für die Qualifizierungsarbeiten,
- Erfüllung der laufenden Aufgabenstellung seitens des Doktoranden,
- Wahrnehmung der Verantwortung des staatlichen Leiters gegenüber den Nachwuchswissenschaftlern,
- Realisierung der von der Partei festgelegten Maßnahmen zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Verlaufs der Qualifizierungsarbeiten,
- Planabweichung der A- und B-Dissertationen.

Bereits bei der Themenauswahl sollte die Parteigruppe stärker darauf achten, daß die Themen nicht nur in Übereinstimmung mit den Hauptforschungsrichtungen der Sektion stehen, sondern – sofern möglich – auch zur interdisziplinären Arbeit anregen, d. h. zumindest die Grenzen eines Wissenschaftsbee-

chens (bei den B-Dissertationen) überschreiten. Eine andere Möglichkeit, die Nachwuchswissenschaftler schon frühzeitig mit der interdisziplinären Forschung vertraut zu machen, besteht darin, Wissenschaftlern verschiedener Wissenschaftsbereiche unter verschiedenen Aspekten eine gemeinsame Themenstellung vorzugeben. So könnten die Nachwuchswissenschaftler praktisch die interdisziplinäre Arbeit und ihre Bedeutung für die Entwicklung der Wissenschaft kennenlernen und hätten damit eine gute Ausgangsbasis für ihre spätere wissenschaftliche Tätigkeit.

Weiterhin sollte sich die Parteikontrolle künftig nicht nur vorwiegend auf die Einhaltung von Terminen beziehen, sondern stärker die Qualität vorgelegter Zwischenergebnisse überprüfen, wobei eine enge Zusammenarbeit zwischen der Parteigruppe und den Betreuern der Doktoranden anzustreben ist. Kampfziel der Parteigruppe sollte dabei das Streben nach wissenschaftlichen Höchstleistungen und eine energische Auseinandersetzung mit dem Mittelmaß sein.

Die Parteikontrolle sollte sich künftig nicht so sehr auf die Entgegennahme von Berichten seitens der Doktoranden und ihrer Betreuer stützen (wenn die öffentliche Rechenschaftslegung auch weiterhin durchgeführt werden sollte), sondern wesentliche ideologische Probleme der Forschungsarbeit in ihren Kontrollbereich einbeziehen. So sollte geprüft werden, ob die Leistungsbereitschaft der Nachwuchswissenschaftler, ihr Mut zum Risiko, ihre Kreativität, ihre Initiativen, ihr Tatendrang, ihre Schöpferkraft und ihr Verantwortungsbewußtsein in genügendem Maße entwickelt sind und sich in ihren wissenschaftlichen Arbeiten widerspiegeln.

Einen weiteren Schwerpunkt der Parteikontrolle sollte künftig die gesamte Persönlichkeitsentwicklung der Nachwuchswissenschaftler bilden. Das bedeutet, daß die Partei, Gruppe auch die politische Haltung und Tätigkeit der Nachwuchskader, ihre Bereitschaft, gesellschaftliche Funktionen zu übernehmen und mit hohem Verantwortungsbewußtsein wahrzunehmen, stärker in ihre Kontrolltätigkeit einbeziehen sollte.

Cordula Flammiger, GO Rechtswissenschaft

(Auszüge aus der Jahresarbeit an der Kreisschule für Marxismus-Leninismus)

Das Ergebnis der auch an der Sektion Wirtschaftswissenschaften im Januar durchgeführten Kontrolle über die Qualität und Effektivität der Studienorganisation haben die Mitglieder der Arbeiter- und Bauerninspektion Prof. Dr. Wolfgang Weier, Dr. Brigitte Waiz, Christel Janke und Dr. Heinz Säger eine Reihe von Vorschlägen an die Leitung der Sektion gerichtet. Grundsätzlich ging es darum, daß die Fragen der Studienorganisation stärker Bestandteil der ideologischen Auseinandersetzung mit den Leitern, Mitarbeitern, Lehrkräften und Studenten werden, was eine gemeinsame Verantwortungsübernahme aller an den Ausbildungs- und Studienprozessen Beteiligten weiter entwickelt wird und vorhandene Reserven besser genutzt werden für die Erreichung einer optimalen Studienorganisation im Interesse eines effektiven Studiums.

Entsprechend den bei der gemeinsamen Kontrollauswertung festgelegten Terminen berichtete der Sektionsdirektor Prof. Dr. Harald Gläß, über den Stand der Arbeit an den Kreis-Komitee. Daraus geht hervor, daß die ABl-Vorschläge planmäßig und schrittweise in der Leitungstätigkeit umgesetzt werden, z. B. mit dem Inkrafttreten eines Maßnahmenplanes zur Verbesserung der Studienorganisation und einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit des stellvertretenden Direktors für EAW und der ABl-Grundorganisation „Heinrich Rau“.

In Realisierung der im Maßnahmenplan vom März 1980 festgelegten Aufgaben für die Studienabteilung folgten es Fortschritte in der Planung der Arbeit, insbesondere hinsichtlich der Arbeitsverteilung, der Kontrolle und Abrechnung der

Aufgaben und in der Stabilisierung der Stunden- und Raumplanung zu erzielen. Sowohl langfristige Vorbereitung als auch die Beachtung der

Wahrnehmung von Selbststudienabschnitten für Studenten wurde gestärkt durch Staffellung der Beginnzeit und stärkere Nutzung der Sonn-

Für größere Effektivität des Studiums Reserven fündig gemacht

Auf Vorschläge der ABl wurde bei den Wirtschaftswissenschaftlern sofort reagiert

für das Herbstsemester 1980/81 überarbeiteten Prämissen führten zu einem guten Stand der Stunden- und Raumplanung bei voller Einhaltung der zentral vorgegebenen Termine. Besonders zu begrüßen ist, daß es gelang, für Studentenzirkel des 3. und 4. Studienjahres einen Nachmittags in der Woche ab 14.30 Uhr freizumachen und fest zu planen.

Eine relativ günstige Verteilung der Lehrveranstaltungen mit Ge-

staltung für die Lehre niedriger Studienjahre.

Nach Abschluß der Stunden- und Raumplanung und ihrer Bestätigung durch den stellvertret. Direktor für EAW wird gesichert, daß Veränderungen des Planes auf ein Minimum reduziert bleiben. Die im Maßnahmenplan enthaltene und im letzten Semester realisierte Aufgabe zur Erschließung und Nutzung von Raumreserven im Interesse der Karl-

Marx-Universität als Ganzes durch eine variable Freimeldung von Hörsälen und Seminarräumen des Nutzbereiches an das Direktorat für Studienangelegenheiten wirkte sich bereits sehr günstig aus. Das ABl-Kreis-Komitee teilt die Einschätzung des Sektionsdirektors, daß in letzter Zeit bedeutende Anstrengungen zur Verbesserung der Studienorganisation an der Sektion Wirtschaftswissenschaften unternommen wurden und daß die bisher erreichten Ergebnisse die Voraussetzung für einen guten Anlauf des Studienjahres 1980/81 bieten. Sie müssen weiter ausgebaut und auf andere studienorganisatorische Prozesse, insbesondere das Prüfungswesen, ausgedehnt werden.

Dennoch interessiert – und sicher nicht nur die ABl – mit welchen Methoden die Minimierung von Veränderungen der beständigen Stunden- und Raumplanung durchgesetzt wird, aber auch, was getan wurde oder vorgesehen ist hinsichtlich kurzfristiger Erfassungen von Studienausfällen und deren Auswertung mit Schlußfolgerungen.

Die Kontrollkräfte der ABl wollen mit der öffentlichen Bekanntmachung der Antwort des Sektionsdirektors Wirtschaftswissenschaften zugleich den Anstoß dafür geben, daß alle kontrollierten Sektionen öffentlich Auskunft darüber geben, was zur Verbesserung von Qualität und Effektivität der Studienorganisation getan wurde.

Nachkontrollen der ABl darüber, was durch Veränderungen erreicht werden sollte, sind ins Auge gefaßt.

Harry Möller,
Vorsitzender des Kreis-Komitees der ABl

Fragen, die uns bewegen

Putsch in Bolivien - mehr als unrühmliche Tradition

Bolivien ist ein reiches Land, eines der an Erzen reichsten der Welt und doch unvorstellbar arm, eines der ärmsten sogar Lateinamerikas. Aber an einem gibt es in der bolivianischen Geschichte keinen Mangel: an Militärputschen. Je nach Zählart kommt man seit der Unabhängigkeitserklärung 1825 auf 100 bis 200 Machtergreifungen durch Militärs. Ein Kuriosum? Keineswegs, sondern Ausdruck der stetigen Auseinandersetzungen der Oligarchie und besonders der ausländischen Besitzer oder Nutznießer des bolivianischen Reichtums um die fettesten Pfründe oder ihrer gemeinsamen Aktion gegen die unmäßig ausgebeuteten Arbeiter und Bauern.

Der Juli-Putsch war aber kein „herkömmlicher“ Gewaltstreich mehr. Die bolivianischen Gorillas haben offensichtlich von Proletariat und aus der Niederlage von Natusch im November 1979 gelernt. Hier wurde mit allen verfügbaren Mitteln der „innere Krieg“ erklart und praktiziert. In der Bergarbeiterstadt Caracoles wurden unter Einsatz von schwerer Artillerie, Panzern und Luftwaffe am 4. und 5. August mehr als 900 Menschen getötet. Der neue starke Mann Garcia Meza, Bewunderer Hitlers, Franco und Pinochets, hat erklart, den „Marxismus“, d. h. alle Patristen, physisch auszurotten zu wollen, und dazu hat er ja hinreichende Bewaffnung aus den USA und Brasilien erhalten. Hier hat sich nicht eine Junta für ein paar Monate etabliert, sondern eine faschistische Gruppierung, die mit brutalstem Terror versucht, ihre Vorstellungen von

der politischen und ökonomischen Krise Boliviens zu schaffen. Schon das genügt, um für die Rechtskräfte das Signal auf „Putsch“ zu stellen.

War der Juli-Putsch 1980 des Generals Garcia Meza also nichts weiter als die Fortsetzung dieser unrühmlichen „Tradition“? Es scheint nicht so, denn auch in Bolivien ist die Zeit nicht spurlos vorübergegangen. Seit Anfang der 60er Jahre befindet sich das Land nicht zuletzt im Einfluß der kubanischen Revolution, in einer politischen und ökonomi-



Putschisten-Militär vor einem Eingang des Sportstadions in La Paz, wo nach Pinochet-Vorbild Patrioten interniert wurden. Foto: ADN-REUTERS

schon Dauerkrise. Der Versuch patriotischer Offiziere unter Juan Torres, eben auch durch einen Putsch den Teufelskreis von Ausbeutung und Unterentwicklung zu durchbrechen, endete 1971 durch den Handstreich des Obristen Hugo Banzer.

Aber auch der „starke Hugo“ konnte den Gang der Dinge nicht aufhalten. Nach heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Militärs und großen Massenaktionen, insbesondere der Bergarbeiter, machten einflussreiche einheimische Kreise und besonders die Diktatoren aus den USA im vergangenen Jahr den Versuch, eine „Demokratisierung“ Boliviens durch allgemeine Wahlen vorzutreiben. Doch die rechtslinken Kräfte, die Landarbeiter oder kleinen Bauern. Auch das ist etwas Neues. Die rechtmäßige Regierung Siles Zuazo hat sich unterdessen in der Illegalität konstituiert und findet die Unterstützung nahezu aller politischen Organisationen. In Teilen der Streitkräfte ist es zu ersten Protesten gegen die faschistische Unterdrückungspolitik gekommen. Wichtig vor allem ist aber die umfassende internationale Ablehnung des Putsches vom ersten Tag an. Mehrere lateinamerikanische Staaten haben ihre diplomatischen Vertreter aus La Paz abberufen – und selbst Carter sah sich gezwungen, wieder einmal einige Krokodilströme zu vergießen. Die außenpolitische Situation des bolivianischen Terrorregimes ist ohnehin nicht rosig, und vor allem paßt die ganze Sache natürlich nicht zu Carters Gesellus von „Menschenrechten“.

Die offiziellen USA-Kreise dürften also mit der „Chilenisierung“ Boliviens einige Sorgen haben. Dazu kommt, daß Bolivien seit langem geopolitischer Zankapfel zwischen Argentinien und Brasilien ist, außerdem Garcia Meza aber eine in Bolivien wenig populäre Annäherung an Chile propagiert hat. So zeigt sich schon in der Anfangsphase, daß das faschistische Abenteuer die Probleme der lateinamerikanischen Länder nicht überdecken kann. Die Volksmassen werden in der Endkonsequenz die entsprechende Antwort geben.

Trotz des massiven Terrors leistet das bolivianische Volk nach wie vor energischen Widerstand, seien es die in der COB zusammengeschlossenen Gewerkschaften, die Landarbeiter oder kleinen Bauern. Auch das ist etwas Neues. Die rechtmäßige Regierung Siles Zuazo hat sich unterdessen in der Illegalität konstituiert und findet die Unterstützung nahezu aller politischen Organisationen. In Teilen der Streitkräfte ist es zu ersten Protesten gegen die faschistische Unterdrückungspolitik gekommen. Wichtig vor allem ist aber die umfassende internationale Ablehnung des Putsches vom ersten Tag an. Mehrere lateinamerikanische Staaten haben ihre diplomatischen Vertreter aus La Paz abberufen – und selbst Carter sah sich gezwungen, wieder einmal einige Krokodilströme zu vergießen. Die außenpolitische Situation des bolivianischen Terrorregimes ist ohnehin nicht rosig, und vor allem paßt die ganze Sache natürlich nicht zu Carters Gesellus von „Menschenrechten“.

Die offiziellen USA-Kreise dürften also mit der „Chilenisierung“ Boliviens einige Sorgen haben. Dazu kommt, daß Bolivien seit langem geopolitischer Zankapfel zwischen Argentinien und Brasilien ist, außerdem Garcia Meza aber eine in Bolivien wenig populäre Annäherung an Chile propagiert hat. So zeigt sich schon in der Anfangsphase, daß das faschistische Abenteuer die Probleme der lateinamerikanischen Länder nicht überdecken kann. Die Volksmassen werden in der Endkonsequenz die entsprechende Antwort geben.

Prof. Dr. Eberhard Hackethal

Argumente, die wir brauchen